

A4

Antrag

**an die ordentliche Landesversammlung am 17./18.10.2015 in Bad Windsheim.
Möglicher Antragsschluss für Änderungsanträge: 9. Oktober, 12 Uhr.**

AntragsstellerIn: Landesvorstand, Parteirat

Gegenstand: **Für fairen Handel - Nein zu TTIP, CETA und TISA**

Antragstext

1 Mit dem Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen TTIP zwischen der
2 EU-Kommission und der US-Regierung wird die weltgrößte Freihandelszone, in der
3 mehr als 800 Millionen Menschen leben, vollkommen und grundlegend neu
4 strukturiert.

5 TTIP steht für eine Politik, die hart erkämpfte Rechte und Standards untergräbt,
6 statt sie zu stärken. Hauptziel des geplanten Handelsabkommens TTIP ist es,
7 sogenannte „nichttarifären Handelshemmnisse“ aus dem Weg zu räumen, um das
8 Wachstum der Weltwirtschaft anzukurbeln. Davon abgesehen, dass nach dem Stand
9 der Wissenschaft von einem nachhaltigen Impuls auf das Wirtschaftswachstum nicht
10 ausgegangen werden kann, ist zu befürchten, dass unsere geltenden Standards auf
11 undemokratischen Wegen zugunsten der Interessen von Großkonzernen schleichend
12 einkassiert werden. Das gilt es zu verhindern.

13 Die Verhandlungen mit den USA, aber auch das bereits fertig verhandelte und
14 veröffentlichte CETA-Abkommen mit Kanada, sind für uns Grüne in der jetzigen
15 Form nicht akzeptabel. Wir teilen die Sorge der Bürgerinnen und Bürger, deswegen
16 sagen wir Nein zu TTIP! Freihandel ja, aber nicht auf Kosten der Menschen, der
17 Umwelt und unserer Demokratie.

18 Wir wollen einen breiten Dialog mit der Zivilgesellschaft über die
19 Handelspolitik der EU. Wir wollen regelbasierte Freihandels- und internationale
20 Dienstleistungsabkommen, die transparent mit der Zivilgesellschaft verhandelt
21 werden. Etablierte rechtsstaatliche Institutionen und demokratische Prozesse
22 dürfen dabei nicht in Frage gestellt werden. Dem freien Handel darf nicht alles
23 untergeordnet werden. Statt einseitig die Interessen von multinationalen

24 Konzernen zu bedienen, muss auch internationale Handelspolitik zur Lösung der
25 globalen Probleme wie Klimakrise, Artenschwund und weltweite Armut und Hunger
26 beitragen. Als Antwort auf die Globalisierung braucht es internationale
27 Übereinkommen, die die Weiterentwicklung sozialer und ökologischer Standards
28 erleichtern, sowie die Bedingungen für fairen Handel verbessern. CETA, TTIP und
29 TISA zeigen in eine andere Richtung. Deshalb müssen die Verhandlungen gestoppt
30 und nach diesen Maßstäben völlig neu aufgestellt werden.

31 **Transparenz der Verhandlungen**

32 Transparenz und Bürgerbeteiligung sind für uns eine notwendige Grundlage, damit
33 unsere Demokratie funktioniert und politische Entscheidungen Akzeptanz in der
34 Gesellschaft erfahren. Die Nicht-Zulassung der Europäischen Bürgerinitiative
35 „Stop TTIP“ war jedoch nur der traurige Gipfel eines von Beginn an
36 undemokratischen Verhandlungsprozesses.
37 Von Anfang an fanden die Verhandlungen zu TTIP & Co. unter Ausschluss der
38 Öffentlichkeit statt. Erst auf den massiven Druck vieler zivilgesellschaftlicher
39 Akteure und Parteien wie der Grünen hat die EU-Kommission sich in den letzten
40 Monaten bewegt und mehr Informationen und Unterlagen zu den Verhandlungen
41 veröffentlicht. Trotzdem bleiben die Verhandlungen zu TTIP viel zu
42 intransparent: Selbst Europa- und Bundestagsabgeordnete dürfen wichtige
43 Verhandlungsdokumente nicht einmal einsehen. Die USA und die EU weigern sich
44 weiterhin, ihre Verhandlungspositionen zu veröffentlichen oder auch nur
45 gewählten Abgeordneten zur Verfügung zu stellen. Dies ist nicht nur den US-
46 amerikanischen Verhandlern anzulasten, hierfür tragen auch die EU-Kommission und
47 die nationalen Regierungen die Verantwortung. Wir fordern daher die
48 Bundesregierung auf, diese undemokratischen und inakzeptablen Verhältnisse
49 endlich zu beenden.

50 **Keine Klageprivilegien für multinationale Konzerne**

51 Für private Schiedsgerichte gibt es keine Rechtfertigung. Sowohl die EU als auch
52 die USA verfügen über entwickelte Justizsysteme. Ein Handelsabkommen darf keine
53 private Paralleljustiz schaffen. Die Einrichtung eines dauerhaften, multilateral
54 legitimierten und rechtsstaatlichen internationalen Handelsgerichts ist aus
55 unserer Sicht ebenso wenig erforderlich, denn sowohl die Mitgliedstaaten der EU
56 als auch die USA gewähren Investoren einen hinreichenden Rechtsschutz vor ihren
57 nationalen Gerichten.
58 Die Handlungsspielräume der EU wie auch der Mitgliedstaaten und ihrer Parlamente
59 dürfen durch Regelungen zum Investitionsschutz und den regulatorischen Rat nicht
60 eingeschränkt werden. Das Recht zur Gesetzgebung und Regulierung ist
61 unverhandelbar und darf weder direkt noch indirekt beeinträchtigt werden. Unsere
62 demokratisch gewählten VolksvertreterInnen müssen auch weiterhin Regulierungen
63 in allen Bereichen zum Wohl der Allgemeinheit beschließen dürfen, ohne sich vor
64 Schadenersatzklagen multinationaler Konzerne fürchten zu müssen.
65 Selbst wenn es gelingen sollte, den Investitionsschutz heraus zu verhandeln,
66 birgt das Abkommen erhebliche Risiken. Unsere Kritik an TTIP und Co. ist
67 weitreichender und erledigt sich nicht mit der Aufgabe dieser einen
68 Verhandlungsposition. Aus Grüner Sicht bliebe das Abkommen auch dann nicht
69 akzeptabel.

70 **Umwelt- und Verbraucherschutz stärken, das Vorsorgeprinzip bewahren**

71 Die Befürworter des Abkommens, allen voran CDU und CSU, behaupten stets, dass
72 weder TTIP noch CETA Einschnitte in den Umwelt- oder Verbraucherschutz oder eine
73 Gefahr für das europäische Vorsorgeprinzip mit sich bringen werden.
74 Daran haben wir erhebliche Zweifel: Das geplante Abkommen ändert die Spielregeln
75 grundlegend.
76 Weder CETA noch TTIP verweisen auf das Vorsorgeprinzip, das nach langen und
77 schwierigen Verhandlungen in Europa etabliert wurde. Ganz im Gegenteil: Die USA
78 haben mehrfach betont, dass sie es ablehnen. Das Vorsorgeprinzip ist ein
79 unverrückbarer Grundpfeiler des VerbraucherInnenschutzes in der EU. Es darf
80 nicht als angebliches Handelshemmnis deklariert und ausgehöhlt werden, sondern
81 muss im Gegenteil zum Schutz der VerbraucherInnen gestärkt werden.
82 Verbraucherschutz ist kein Handelshemmnis, sondern ein elementarer Baustein
83 unseres staatlichen Gemeinwesens. TTIP darf aus unserer Sicht weder dazu führen,
84 dass bestehende Verbraucherschutzstandards gesenkt werden, noch, dass künftig
85 die Setzung höherer Standards erschwert wird.

86 TTIP wird gravierende Auswirkungen auf Landwirtschaft und Ernährung haben.
87 Gerade für die bayerische Landwirtschaft würde ein Abbau der sogenannten
88 Handelshemmnisse für landwirtschaftliche Produkte eine rapide Beschleunigung des
89 Strukturwandels bedeuten, die kleinen und mittelständischen landwirtschaftlichen
90 Betriebe hätten kaum Überlebenschancen. Wir bayerische Grüne sagen ganz klar:
91 Die hohen europäischen Qualitäts- und Sicherheitsstandards in der gesamten
92 Lebensmittelkette dürfen nicht angetastet werden. Dazu gehören insbesondere das
93 Pflanzenschutzmittelrecht, die Futtermittelstandards, Tierschutz und
94 Tierarzneimittelregeln, die Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung sowie die
95 Veterinärkontrolle. Die europäischen Regeln für Zulassung und Einfuhr
96 gentechnisch veränderter Organismen, das Anwendungsverbot von Hormonen zu
97 Mastzwecken, die Kennzeichnungspflicht im Lebens- und Futtermittelbereich müssen
98 ohne Abstriche dauerhaft erhalten bleiben und im Sinne der Wahlfreiheit der
99 Verbraucherinnen und Verbraucher weiterentwickelt werden können. Die Aufhebung
100 der Nulltoleranz bei der Verunreinigung von Lebensmitteln und Saatgut mit in
101 Europa nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen (GVO) werden wir
102 nicht hinnehmen.

103 **Gefahren für die kommunale Daseinsvorsorge**

104 Wir Grünen wollen die Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit stärken. Für uns ist
105 Subsidiarität ein wichtiges Prinzip: Das, was vor Ort geregelt werden kann, soll
106 auch vor Ort geregelt werden.
107 Mit den geplanten Handelsabkommen droht die kommunale Handlungsfähigkeit massiv
108 eingeschränkt zu werden. TISA, TTIP und CETA zielen auf eine umfassende Öffnung,
109 d.h. vor allem Privatisierung der öffentlicher Daseinsvorsorge ab. Die
110 Beteuerungen von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, die Daseinsvorsorge
111 sei sicher, sind für uns nicht glaubhaft. Schon in CETA ist keine generelle
112 Ausnahme für die kommunale Daseinsvorsorge formuliert. TTIP und TISA werden
113 voraussichtlich mit den gleichen Instrumenten arbeiten. Damit wird ein hohes Maß
114 an Rechtsunsicherheit bei der Regulierung von öffentlichen Dienstleistungen
115 erzeugt. Die Aussicht auf millionenschwere Entschädigungsklagen vor
116 Schiedsgerichten würde die kommunale Handlungsfreiheit ganz erheblich lähmen.

117 Dies erhöht den Druck, öffentliche Dienstleistungen in private Hände zu geben.
118 Viele Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte in Bayern - sehr oft auf Initiative
119 Grüner RätInnen - haben bereits Beschlüsse hinsichtlich der geplanten Abkommen
120 gefasst. In diesen Beschlüssen haben sie ihre berechtigte Sorge um die
121 Auswirkungen der Abkommen zum Ausdruck gebracht.

122 **Widerstand ernst nehmen - bessere Handelspolitik möglich machen**

123 Wir GRÜNE befürworten einen freien und fairen Welthandel, der demokratisch
124 kontrolliert ist und ökologischen, sozialen und klimapolitischen Zielen nicht
125 entgegenwirkt. Bisher ist nicht erkennbar, dass es bei TTIP um bessere, höhere
126 Standards gehen soll. Je mehr über die Inhalte bekannt wird, desto mehr zeigt
127 sich, dass viel von der bereits formulierten Kritik berechtigt ist. Wir Grüne
128 beobachten diese Entwicklung mit großer Sorge und lehnen es ab, die
129 Verhandlungen wie bisher fortzusetzen.

130 Wir werden uns weiterhin gegen diese Handelsabkommen stark machen. Die Proteste
131 dagegen werden immer lauter, haben inzwischen viele Länder innerhalb der EU
132 erreicht und vor allem verschiedenste Bereiche der Gesellschaft erfasst. Von
133 Gewerkschaften über Umweltverbände, von Kunstschaffenden über kommunale
134 VertreterInnen, von Mittelständlern und Landwirten bis hin zu
135 DatenschützerInnen. Die selbstorganisierte europäische Bürgerinitiative hat
136 europaweit über 2,5 Millionen Unterschriften gegen TTIP gesammelt und das nötige
137 Quorum in zwölf Mitgliedsstaaten der EU erreicht. Sie wird von über 380
138 Organisationen aus ganz Europa getragen und ist Sinnbild für die Vielfalt und
139 Stärke des Protests. Bisher weigert sich die EU-Kommission allerdings, die
140 Initiative anzuerkennen.

141 Wir werden nicht zulassen, dass unsere Demokratie internationalen
142 Handelsabkommen geopfert wird. Ein Handelsabkommen, das nur den Interessen
143 multinationaler Konzerne dient und massiv in die Souveränität der Staaten
144 eingreift, darf es nicht geben. Mit der Kraft einer starken Bürgergesellschaft
145 haben wir die Chance TTIP, CETA und TISA zu stoppen.